

Antikriegstag Aschaffenburg, 1.9.2015
Redebeitrag R. Frankl, GEW und Attac
<Anrede>

„Handel kann nicht ohne Krieg geführt werden, noch Krieg ohne Handel.“ sagte ein holländischer Eroberer Ostindiens. Im Jahre 1614. Ich habe den Eindruck, dieses ehrliche Eingeständnis gilt heute noch, besonders für den kapitalistischen Freihandel.

„Freihandel und Krieg“ war das Thema des Publizisten Werner Rügemer auf der Antikriegskonferenz in Berlin im Oktober 2014. Ich will im Folgenden einige seiner Aussagen wiedergeben. In einer ersten Vorbemerkung kritisierte Kollege Rügemer: *„Der ursächliche Zusammenhang von Freihandel und Krieg im westlichen Kapitalismus wird in der ökonomischen Wissenschaft nicht thematisiert, [nicht] bei klassischen und neoliberalen Ökonomen.“* Ja, es war ein globalisierungskritischer Wirtschaftswissenschaftler, nämlich der kanadische Professor Michel Chossudovsky, der 1997 analysierte, *„wie die Freihandelspolitik der Weltbank und des IWF nicht nur viele Länder der "Dritten Welt" in den Ruin getrieben hat, sondern auch dass der wirtschaftliche und politische Zerfall der jugoslawischen Republik ursächlich mit der makroökonomischen Umstrukturierung zusammenhängt, die der serbischen Regierung durch [IWF, WB] und die ausländischen Gläubigerbanken aufgezwungen wurde.“* Zu Deutsch: hinter dem Jugoslawienkrieg stand das westliche Freihandelsinteresse. Nachzulesen bei einer weiteren globalisierungskritischen Wissenschaftlerin, der Kölner Soziologin und Feministin Maria Mies, in ihrem weit beachteten Aufsatz „Von der Lizenz zum Plündern zur Lizenz zum Töten.“ Sie deckt darin das globale Freihandelssystem als neokoloniales Kriegssystem auf und entzaubert den Mythos vom Freihandel, der Frieden in das „Globale Dorf“ brächte. Dazu zieht sie auch den amerikanischen Linguisten Noam Chomsky heran, bei dem ich mein Eingangszitat fand und der 1993 in seinem Buch „Wirtschaft und Gewalt“ nachwies: Die "Vormachtstellung Europas in der Welt" der Neuzeit beruht nicht auf irgendwelchen sozialen, moralischen oder natürlichen Vorzügen, sondern auf kriegerischer Gewalt.

Viele von uns machen heute Front gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP. Seinen kriegerischen Aspekt verriet EU-Handelskommissar Karel de Gucht: *„Wir arbeiten an einem geopolitisch relevanten Abkommen“*. Was heißt geopolitisch?

Geopolitik bedeutet machtgestützten Zugriff auf Ressourcen und Territorien außerhalb des eigenen Bereichs. Der zwangsläufig entstehende Konflikt wird notwendigerweise von militärischen Mitteln begleitet. Diese „Begleiterscheinung“ des Freihandels ist aber nicht neu. Begriff und Konzept von „Freihandel“ entstand bekanntlich im Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Es ging um die Senkung von Einfuhrzöllen zur profitableren Produktion von Gütern, für die gleichzeitig andere, industriell und kapitalistisch weniger entwickelte Staaten die Zölle abbauen und den Zugang zu ihren Märkten erleichtern sollten. Der militärische Zugriff auf Kolonien schuf ganz neue Märkte. Aufstandsbekämpfung war die weiter notwendige militärische Begleitmaßnahme. Der Marktzugang der Waren aus dem damals führenden kapitalistischen Staat wurde durch die britische Kriegsflotte abgesichert. Dadurch entstand vor allem in den Kolonien eine monopolartige Vorrangstellung der englischen Produzenten und Händler. Dieses imperialistische Freihandelskonzept sollte nach dem 2. Weltkrieg überwunden werden. Das erste Freihandelsabkommen war die International Trade Organisation (ITO). Es sollte nicht nur eine große Zahl an Staaten umfassen, sondern auf dem Prinzip der Gleichberechtigung beruhen. Die ITO sollte mit der Gründung der UNO (1947) eine ihrer Institutionen werden und damit UN-Charta und dem Völkerrecht unterstehen. Aber Gleichberechtigung und kapitalistische Konkurrenz gehen nicht zusammen. Die US-Regierung verhinderte die ITO und organisierte eine alternative Freihandels-Organisation: das Allgemeine Zoll- und Handels-Abkommen (GATT). Damit schlossen die USA nicht nur den Systemgegner Sowjetunion aus, sondern auch die Staaten, die nach dem 2. Weltkrieg auf dem Wege waren, sich aus kolonialer Abhängigkeit zu befreien wie Indien, China und afrikanische Staaten. Dem GATT, das sich auf den industriellen Sektor bezieht, wurde im Zuge der neoliberalen Globalisierung 1995 das Allgemeine Dienstleistungsabkommen GATS zur Seite gestellt. Die multilateralen WTO-Verhandlungen kamen aber nach den Protesten in Seattle gegen das Investitionsschutzabkommen MAI ins Stocken und etwa 10 Jahre später zum Stillstand.

Doch die Transnationalen Konzerne und ihre Interessenvertreter in den herrschenden Regierungen gaben nicht auf und versuchen seitdem, mit bilateralen Abkommen aus ihrer Sackgasse herauszukommen. Z.B. eben mit dem bereits genannten TTIP. Es verfolgt, wie schon oben von de Gucht zitiert, einen geopolitischen Ansatz:

Es geht um nichts Geringeres als um Weltherrschaft.

Während Repräsentanten in der EU den Zusammenhang mit der militärischen Begleitung nur verschämt andeuten, sind die USA hier deutlicher. US-Außenministerin Hilary Clinton bezeichnete das TTIP als „Wirtschafts-NATO“. Immerhin sind USA und die meisten EU-Mitgliedsstaaten, die das TTIP vorantreiben, zugleich NATO-Mitglieder. NATO und Marshall-Plan wurden einmal gleichzeitig und mit demselben Ziel gegründet: Festigung und Ausweitung des westlichen, US-geführten Kapitalismus. Gleichzeitig mit dem TTIP haben die USA weitere Abkommen initiiert: Das Transpazifische Freihandelsabkommen (TPP) mit 11 südamerikanischen und asiatischen Staaten sowie das Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TISA), eine schärfere Neuauflage von GATS, eben nur mit einem Viertel der WTO-Mitglieder. Die drei Abkommen sollen einerseits den westlichen Kapitalismus als Machtblock festigen, andererseits sind sie gegen die ressourcenreichen und ökonomisch aufsteigenden Volkswirtschaften gerichtet, insbesondere gegen China und Russland, die immer mehr zum neuen Feind werden.

Der westliche Freihandel bedeutet eben auch Führungsanspruch der USA, mit Privilegien für die wichtigen Vasallen und Mittäter wie die EU und die BRD. Diese Privilegien sind aber nie ganz gesichert.

Dies zeigt sich gegenwärtig in der Ukraine. Die Europäische Union hat mit der Aufnahme ehemaliger Ostblock-Staaten die Osterweiterung vorangetrieben. Parallel zur militärischen Osterweiterung der NATO wollte die EU mit ihrem umstrittenen Assoziierungsabkommen die Ukraine in ihre Freihandelszone einbeziehen. Gleichzeitig hatten die USA dort seit Jahren den *regime change* vorbereitet, über die Geheimdienste, über Medienagenturen und über die Open Ukraine Foundation. Deren Vorsitzender war und ist Arseni Jazenjuk. Die NATO gehört zu den Sponsoren seiner Stiftung. In der Ukraine bilden Freihandel und Militärstrategien eine enge, wenn auch widersprüchliche Verbindung. Wir kennen z. B. die Interessen westlicher Konzerne wie Monsanto in der Ukraine. Die RegierungsvertreterInnen in der Europäischen Union gaben sich mit Methode und Ergebnis des Putsches etwas murrend aber unterwürfig zufrieden. Auch die sonst so selbstbewussten deutschen Unternehmen beugen sich der übergeordneten US-Strategie, Russland militärisch einzukreisen und letztlich dem westlichen Kapitalismus einzugliedern, offensichtlich auch mit Krieg.

Die zunehmende Zahl von NATO-Manövern in diesen Monaten an der Westgrenze Russlands sowie die Stationierung von zusätzlichen NATO-Soldaten und schwerem Kriegsgerät kündigen das Aufziehen noch dunklerer Kriegswolken dort an. Zugleich modernisieren die USA für 11 Milliarden Dollar ihre Atombombe B61 für Europa.

Im US-Kongress werden die Scharfmacher lauter, ein nuklearer Erstschlag wird als ultimatives Drohpotenzial von einer erschreckend großen Zahl von US-Politikern und -Generälen befürwortet.

Russland hat in seiner erneuerten Militärdoktrin den Ukraine-Konflikt und die fortschreitende Nato-Osterweiterung als Gefahr für die eigene Sicherheit eingestuft. Moskau reagiert dementsprechend mit beschleunigter Modernisierung seiner Waffensysteme, einer dichten Folge von Manövern und einer verstärkten Bündnispolitik insbesondere in Asien. Wenn Bevölkerungsteile in Estland, Polen und anderswo nun meinen, dass die kriegerische NATO-Präsenz ihren Frieden sichere, so möchte ich mit Eugen Drewermann zum Schluss kommen:

„Frieden wird nicht erreicht durch Gewalt und Krieg - so wenig wie die Wahrheit durch einen Sack von Lügen.“ (2012)

Vielen erscheint das als Binsenweisheit. Das ist gut so. Seit Jahrzehnten stehen laut Umfragen zwei Drittel unserer Gesellschaft gegen Auslandseinsätze und Aufrüstung. Jetzt gilt es, sie auch gegen die Freihandelsabkommen zu mobilisieren, denn

- Kapitalistischer Freihandel und Krieg hängen zusammen!
SCHLUSS damit!
- FÜR eine Erziehung zu einer Friedenskultur
– Bundeswehr RAUS aus den Schulen!
- STOPPT die gewaltsame Globalisierung in Ost, West und Süd
- STOPPT die brandgefährliche EU- und NATO-Osterweiterung!
- FÜR die sofortige Ächtung militärischer Drohnen!
- Unterzeichnet den Aufruf der Kampagne
Stopp Ramstein – Kein Drohnenkrieg!
- Seit 70 Jahren fordern wir: Sofortige Ächtung aller Atomwaffen!
- Seit 70 Jahren gilt: Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!

Die Durchsetzung unseres Friedenswillens bleibt eine Machtfrage, und um die zu stellen müssen wir aufstehen.

Es ist an der Zeit!